

## **Anhang 1: Autoverkehr der Zukunft**

(von S.5)

Außerhalb der Städte wurde der Verkehr hauptsächlich durch hohe Treibstoffsteuern begrenzt. Hinzu kamen aber bei Strecken und Tageszeiten mit besonders hohem Verkehrsaufkommen auch Gebühren über GPS, so wie sie Anfang des neuen Jahrhunderts zuerst für LKW's erhoben wurden. Auch das machte die Leute nicht arm. Bord-Com-Systeme konnten jederzeit nicht nur die schnellsten, sondern auch die preiswertesten Routen zuverlässig anweisen.

Außerdem lag der maximal erlaubte 100-km-Normverbrauch bei neuen PKWs nur noch bei 2,5 bis 5 Litern Benzinäquivalent (1 Liter + 2 Liter pro 1000 kg Fahrzeugleergewicht - Fahrzeuge unter 2 l Gesamtverbrauch wurden steuerlich und GPS-mäßig sogar besonders gefördert, während Fahrzeuge über 2000 kg Leergewicht grundsätzlich als LKWs galten und wesentlich höher besteuert wurden).

In der Fläche sollten die Treibstoffsteuern den PKW-Verkehr zwar nicht verringern, aber seiner Vermehrung eine Obergrenze setzen. So wurde außerhalb der Städte im Schnitt noch genauso viel Auto gefahren, wie schon Ende des 20. Jahrhunderts - nur anders verteilt und mit einem um fast 2/3 reduzierten Treibstoffverbrauch.

Regelmäßige Staus gab es nicht mehr.

In der Regel besaß ein Haushalt für jeden Erwachsenen ein 1-2-sitziges steuerbegünstigtes Kleinstfahrzeug und darüber hinaus ein Fahrzeug für die ganze Familie. Viktor wohnte allein und bevorzugte deshalb einen einzigen 4-sitzigen Kleinwagen, mit dem man alles mögliche machen konnte. Wenn man die planliegenden Rückenlehnen nach hinten klappte und die seitlichen Lückenfüller ausfuhr, ergab sich sogar eine große geschlossene Liegefläche für 2 Personen.

Auch allein schlief es sich oft ganz prima dort.

---

In NorthSeaGlobal begnügte man sich bisher damit, an insgesamt drei Stellen ins Meer reichende Schutzmauern zu bauen - und zwar erst mal nur einen halben Meter über aktuellem Strandniveau. Man hoffte, die Küste auch auf diese touristisch schonende Art schützen zu können. Wie Viktor bereits vor Jahren aus Fernsehberichten erfahren hatte, dienten die Mauervorbauten gleichzeitig als Wasserzuführungs- und Rückführungssystem für Meereswärme-Gewinnungsanlagen an Land.

An den auch bei Ebbe überschwemmten Enden ragten alle zwanzig Meter Metallsäulen heraus, die oben mit Sieb-artigen Öffnungen versehen und mit Bojen markiert waren.

Hier strömte rund um die Uhr Meerwasser ein und, nach der Wärmegegewinnung an Land um wenige Grad Celsius abgekühlt, wieder aus. Die riesigen Wärmemengen, die sich dadurch gewinnen ließen, beheizten das ganze Jahr über nicht nur die zahlreichen Pools von NorthSeaGlobal, sondern auch den bei kühlen Temperaturen überdachten Allwetterstrand.

Darüber hinaus wurde über Fernleitungen sogar ganz NorthSeaGlobal mit der Wärme versorgt, die ein ganzjährig nutzbares *Allwetterparadies* so bieten musste, wenn es mit Anlagen in südlichen Ländern mithalten und gleichzeitig als ökologisch-ökonomisches Musterprojekt gelten wollte.

Sein Energieverbrauch war tatsächlich minimal, auf jeden Fall sehr viel geringer, als entsprechende Flüge nach Mallorca oder Teneriffa verbraten hätten. Denn das Meer bot auch im Winter genug Wärme.

Zudem wollte man in wenigen Jahren so weit sein, den nicht-thermischen Restenergiebedarf vollständig und wirtschaftlich mit Wind- und Solarstrom decken zu können. Überall auf den Dächern waren entsprechende Solarzellenverankerungen bereits eingebaut und ein wenige Kilometer vor der Küste betriebener Offshore-Windpark war in Planung.

---

### **Anhang 3: Täglich auswärts essen...**

(von S.48)

Zu Beginn der Wirtschaftsreformen vor etwa 10 Jahren wurde als eines der größten Wachstumsfelder - neben Bau und Handwerk sowie allgemein der Freizeitindustrie - das Restaurantwesen ausfindig gemacht. Bei Befragungen, was die Deutschen sich gerne öfter leisten würden, fand man heraus - wen wundert's? - dass etwa 50 % mindestens einmal pro Tag auswärts essen gehen wollten.

Die Bedingungen dafür waren einfach: Deutlich reduzierte Preise, kurze Wartezeiten sowie ein gesundes, vielfältiges, schmackhaftes, kalorienarmes und demnach auch täglich verschlingbares Angebot.

Unter diesen Umständen prognostizierte man hier eine Verzwei- bis dreifachung der Beschäftigten auf bis zu 600.000 Arbeitskräfte.

Man analysierte, dass dieser personalintensive Bereich durch die lohnbezogenen Steuern und Sozialabgaben geradezu künstlich teuer und winzig gehalten wurde.

Schließlich einigte man sich auf die naheliegende Konsequenz und reduzierte die entsprechenden Abgaben für Restaurant- und Hotelfachkräfte um etwa 80 %. Und die Kommunen sorgten durch Anteilspläne in der Bauleitplanung dafür, dass auch in den hochfrequentierten Lagen der Innenstädte und Stadtteilzentren extrem günstige Mieten für Restaurants und Imbissstuben entstanden und trugen so dazu bei, dass selbst die ärmeren Schichten der Bevölkerung es sich leisten konnten, nach Lust und Laune auswärts zu essen - mit Erfolg - die Arbeitslosigkeit sank durch den ausgelösten Neu-Konsum um beinahe 400.000 Vollzeit-Beschäftigte und entlastete die öffentlichen Haushalte schon innerhalb weniger Jahre.

---

"Hat jemand eine Produktidee, so wird er sich bald schon flächendeckend im ganzen Land an die patentrechtlichen *MarketingAktionsGruppen* wenden können - und zwar an eine Gruppe seiner Wahl. Sie sind allesamt interdisziplinär zusammengesetzt und werden durch staatliche Organe in unregelmäßigen Abständen auf ihre Loyalität zu den Ideengebern überprüft", setzte Vladl seine Ausführungen fort.

"So isses...", Viktor etwas zerknirrscht.

"Nimmt ein Ideengeber Kontakt auf, so werden vom ersten Moment an alle Gespräche automatisch in Bild und Ton aufgezeichnet und nach Stichworten thematisch codiert. Handelt es sich beispielsweise um eine neue oder zwar alte, aber gerade absolut zeitgemäße und somit ökonomisch verwertbare Idee, so gelten die Aufzeichnungen der Gruppe gegenüber bereits als gerichtlich verwertbarer Schutztitel. Fühlt er sich später womöglich betrogen, so kann er diesen Schutztitel vor Gericht gegen sie verwenden. Vom ersten Moment an kann sich der Ideengeber also furchtlos offenbaren und wird dann in allen seinen Vorhaben nicht nur geduldet, sondern tatkräftig unterstützt."

"Jaja, genau ..."

"Die besonderen Fähigkeiten dieser Gruppen sind nämlich:

Erstens: Kritisches und kreatives Herausarbeiten der Kernideen, sofern der Ideengeber noch etwas unklare oder unrealistische Vorstellungen hat.

Zweitens: Information und Recherche nach bestehenden Patent- oder sonstigen Schutzrechten, die einer Vermarktung entgegenstehen.

Drittens: Weiterentwicklung der Ideen zu einem wirtschaftlich verwertbaren Produkt mit professioneller Produktpräsentation und ausgereifter Marketingstrategie.

Viertens: Unter Umständen Erwirkung eines üblichen Patents oder anderer Schutztitel, sofern dies möglich und wirtschaftlich ratsam ist.

Fünftens: Suche nach und Vertragsverhandlungen mit potentiellen Produzenten bis hin zum Vertragsabschluss.

"Wow, Du weißt absolut Bescheid...", entfuhr es Viktor.

"Offenbart ein Ideengeber sich gegenüber einer solchen Gruppe, so gilt dies rechtlich als vertragliches Angebot der Gruppe gegenüber, sich seiner Idee annehmen zu dürfen. Je nachdem, welche Gruppe er sich aussucht, stehen ihm später zwischen 2/3 und 1/10 des mit seiner Idee erwirtschafteten Gewinns zu - der restliche Gewinn fließt zum Teil an die Patentbehörden, überwiegend aber als erfolgsorientierte Provision an die Gruppenmitglieder selbst."

"Davon leben wir..."

"Die Gruppe kann sein Ideenangebot natürlich ablehnen."

"Wir lehnen fast immer ab..."

"In jedem Fall behält er dann aber die aufgezeichnete Dokumentation als Beleg."

"Die haben einen Müll im Kopf...!"

"Außerdem kann er sich dann frei an eine andere Gruppe wenden, die einen höheren Provisionsanteil bekommt und somit bereit ist, mehr Arbeit in die Weiterentwicklung und Vermarktung der Idee hineinzustecken.

"Besonders die UNI-Forscher..."

"Der besondere Reiz dieser Gruppen für einen Ideengeber ist ihre Gewinnorientierung..."

"... obwohl die unser Hauptklientel sind..."

"... aktive und kreative Teilnahme an Produktentwicklung und Marketing..."

"... sonst wären wir schnell brotlos...", lachte Viktor schrill.

"... sowie kontrollierte Seriösität und Professionalität und damit auch Glaubwürdigkeit..."

"... bye bye Baby..."

"... insbesondere im Vergleich mit möglichen Pendants der freien Wirtschaft. War das korrekt, Viktor...?"

Viktor erwachte wie aus tiefer Narkose und versuchte, sich wieder zu fassen.

---

(weiter S.58)

"Aha", kommentierte Vladl ungeduldig, "dann erzähl mal."

### **>> Wirtschaftswunder - wie der Reichtum kam <<**

"Noch Mitte des letzten Jahrhunderts waren die Deutschen eine technikbegeisterte und sehr perfektionistisch orientierte Gesellschaft - wieso auch immer. So entstanden eine Menge international gefragter Produkte, die auf Grund ihrer Klasse oder ihres Rationalisierungspotentials recht teuer sein konnten. Trotz steigender Inlandslöhne wurden sie aber lange Zeit nicht zu teuer, weil die DM, unsere damalige Währung, noch bis in die 60er Jahre hinein zum Kurs 4:1 fest an den Dollar gekoppelt war und somit gegenüber anderen Währungen immer stärker unterbewertet wurde.

Ausländische Produkte blieben deshalb in Deutschland ziemlich unbezahlbar und wurden kaum gekauft. Deutschland dagegen war für Leute im Ausland wie ein günstiger Discoun-ter mit bester Markenqualität und das brachte trotz der unterbewerteten DM gute Auslandsgewinne.

Gleichzeitig hatten die Gewerkschaften das erklärte Ziel, durch enorm hohe Lohnsteigerungen die inländische Massen-kaufkraft zu steigern, und das funktionierte auch. Das hohe Inlandswachstum, das daraus und auch auf Grund des gros- sen Nachholbedarfs nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, ermöglichte hohe staatliche Steuern und Abgaben und damit große öffentliche Ausgaben, ein florierendes Gemeinwesen und eine recht soziale 'Umverteilung von Reich zu Arm'.

Das gesellschaftliche Einkommen war infolge dessen sehr breit gestreut und alle Teile der Bevölkerung konnten immer mehr konsumieren, und da es im Inland erst recht keine große Konkurrenz für deutsche Produkte gab, kam dieser ständig steigende Konsum trotz relativ geringer Gewinn- margen auch voll der inländischen Wirtschaft zugute - es

herrschte Vollbeschäftigung und sogar erheblicher Arbeitskräftemangel."

"Na fein - oder?"

"Ja, eine optimistische Zeit, aber seit Mitte der 60er Jahre änderte sich das."

### **>> Massenarbeitslosigkeit - wie's bergab ging <<**

"Als der politische Druck anderer Staaten wuchs, und die feste Bindung an den Dollar aufgehoben wurde, stieg der DM-Kurs in kurzer Zeit auf mehr als das Doppelte. Immer mehr fernöstliche und auch europäische Staaten traten in Konkurrenz und waren bei gleicher Qualität zum Teil viel günstiger. Zwar profitierten die deutschen Produkte lange Zeit noch von ihrem guten Ruf, aber die Quasi-Monopolstellung in vielen Bereichen ging allmählich verloren. Bei vielen Produkten haben wir völlig die Segel gestreckt.

Die Auslandsgewinne konnten wegen der zulegenden DM eine Zeit lang noch gesteigert werden, aber irgendwann stagnierte der Export, wenn auch auf hohem Niveau - zugleich trat im Inland eine gewisse Sättigung ein, was den althergebrachten Konsum anging. Und das Steuer- und Abgabensystem war so einseitig auf Arbeitslöhne und hohe Lohnnebenkosten ausgerichtet, dass bestimmte Dienstleistungen, die man sich gerne gegönnt hätte, für fast alle unbezahlbar blieben.

### **>> Mit falscher Steuerpolitik Beschäftigung verhindert <<**

Ein Beispiel: Jeder Mensch liebt *Massagen*, aber Massagen sind und bleiben reine Handarbeit, und auf Grund der hohen Steuern und Lohnnebenkosten konnte sie sich damals niemand leisten - oder vielmehr, im Vergleich mit den vielen industriellen Massenprodukten schienen sie unangemessen teuer und so wurden sie aus psychologischen Gründen gemieden, obwohl man sie sich ab und zu eigentlich hätte leisten können.

**>> Mit falscher Steuerpolitik zu menschlich-persönlicher Vernachlässigung in großem Stil <<**

Jahrzehntelang wurde die mangelnde persönliche Betreuung von körperlich und psychisch Kranken, Alten, Behinderten und auch Kindern bemängelt, und obwohl hier Arbeit bis zum Umfallen gewesen wäre und es Millionen von Arbeitslosen gab, konnte sie sich niemand leisten.

Das sind klassische Beispiele, aber viele andere Dienstleistungsberufe betraf das ebenso - zum Beispiel den gesamten Freizeitsektor.

**>> Mit falscher Steuerpolitik zur zwanghaft verhinderten Freizeitgesellschaft <<**

Auch der Freizeitsektor hätte damals schon viel mehr boomen können, aber erstens war auch hier so viel 'Handarbeit' notwendig, dass sie sich beim bestehenden Steuer- und Abgabensystem kaum jemand leisten konnte, und zweitens wurden die allseits großen Erwartungen in beständig fortschreitende Arbeitszeitverkürzungen mehr und mehr zum Sündenbock für die Massenarbeitslosigkeit gemacht.

Die Verkürzung der Arbeitszeiten, die noch in den 50er und 60er Jahren schnell voranschritt, kam Anfang der 70er Jahre fast vollständig zum Stillstand. Daran änderte auch der fast 25 Jahre lang mehr oder weniger erfolglos geführte Kampf um die 35-Stunden-Woche nichts. Letztenends wurde die sogar mit einer enormen Straffung des geforderten Arbeitspensums erkaufte, wodurch kaum neue Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Und außerdem wollten verständlicherweise immer mehr Frauen am Erwerbsleben teilnehmen. Die Zahl der 'Arbeitswilligen' stieg dadurch seit den 60er Jahren enorm. Doch die Idee, dass, wenn Frauen nun schon mit im Berufsleben

standen, *alle* etwas weniger hätten arbeiten können, um zum Beispiel mehr Zeit für die Familie zu haben, schien wohl irgendwie abwegig.

Die *Freizeitgesellschaft*, die den Inlandskonsum enorm hätte anheizen können, kam so einfach nicht in Schwung." Viktor schaute Vladi fragend und etwas unsicher an, ob der noch zuhörte.

"Weiter..., weiter..., weiter...!", kam es im gleichen Moment zurück - was Viktors Irritation aber nicht ganz beseitigen konnte.

"Hinzu kam, dass der weltweit immer noch steigende Konsum und Energieverbrauch als Ursache für die globale Umweltzerstörung verantwortlich gemacht wurde, weshalb sogar die Forderungen nach einem *Null-Wachstum* zeitweilig immer lauter wurden.

### **>> Mit verschleppter Umweltpolitik zu schlechtem Konsumgewissen <<**

Besonders die drohende *Klimakatastrophe* schien zwangsläufig einen breiten Konsumverzicht zu erfordern.

Wachstum und Konsum an sich schienen Unglück zu bringen. Und das braut sich auch heute immer noch zusammen, solange man es nicht schafft, weltweit neben der Verringerung von Umweltgiften auch den Energieverbrauch deutlich zu senken.

Seit den 80er Jahren steckte die Bundesrepublik schließlich in dem Dilemma, dass Wachstum und Konsum *überhaupt* in größeren Teilen der Bevölkerung als Übel angesehen wurde - ein Land voller Menschen mit einem ökologisch notorisch schlechten Gewissen.

Es herrschte eine Haltung, die für jeden Konsum, sei es das neue Auto, sei es das Eigentumshaus, erst nach einer besonderen Ausrede suchen ließ. Im Allgemeinen kaufte man alles mit einer gewissen Verschämtheit und auch nur für die Kinder oder für den Hund, wenn überhaupt.

Das Geld der im internationalen Vergleich noch immer sehr hohen Einkommen dümpelte auf den Sparkonten dahin und wurde mangels Ausweitung der Inlandsnachfrage im Ausland investiert, wo die Leute noch immer wußten, was sie bei nächster Gelegenheit unbedingt alles kaufen wollten oder mussten. Auch das führte bei uns zur Verlangsamung der Inlandsnachfrage und damit einer stagnierenden Wirtschaft mit immer höheren Arbeitslosenzahlen.

Eigentlich hätte man konsequent daran arbeiten müssen, das schlechte Konsum-Gewissen ernsthaft und konsequent zu bekämpfen - nicht mit Augenwischerei, sondern mit einem ökologisch und ökonomisch *nachhaltigen* Plan für die Gesellschaft und ihre Volkswirtschaft.

### **>> Wiedervereinigung <<**

Schließlich kam noch die Wiedervereinigung hinzu. Die Bevölkerung der Bundesrepublik wuchs urplötzlich um 20 % und genauso sehr hätte die export-orientierte Wirtschaft auch wachsen müssen, doch das gelang wegen fehlender innovativer Impulse nicht mal im Ansatz.

### **>> Bloß weg... <<**

Dennoch fuhr man in noch gesteigertem Maße fort, das verdiente Geld in günstigen Auslandsurlauben zu verjubeln. In Spanien, der Türkei und auch anderswo in und außerhalb Europas wurden nach wie vor ganze *Urlaubs-Städte* aus dem Boden gestampft, ohne dass in Deutschland deswegen auch nur 1 Arbeitsplatz entstanden wäre - mit Ausnahme natürlich einiger tausend Flughafenbediensteter.

### **>> ... hinein in die Abwärtsspirale... <<**

Gleichzeitig stagnierten bereits seit Anfang der 90er Jahre die Arbeitnehmerlöhne, aus Angst vor einer Abwanderung

Deutscher Unternehmen ins Ausland - und das wohl zu Recht.

Selbst als dann der Export wieder mehr und mehr anstieg, traute man sich lange Zeit nicht mehr, die Löhne auch nur halbwegs vergleichbar anzuheben. Kein Wunder also, dass der Inlandskonsum nur noch stagnierte.

Der Bankrott war praktisch vorprogrammiert, doch reagierte man nicht mit den Mitteln, die notwendig gewesen wären. Stattdessen gewannen alle damaligen Regierungen ihre Wahlkämpfe mit der Verharmlosung des Problems und dem Angehen von Scheinlösungen - erst ein bisschen sparen hier und ein bisschen die lohnbezogenen Steuern heraufsetzen da, dann etwas mehr sparen dort, schließlich massiver Steuer- und Sozialabbau überall, ohne aber eine tragfähige Strategie zu entwickeln.

**>> Mit sinnlosen Grabenkämpfen in den totalen Stillstand <<**

Regierung und Opposition verloren sich fast über 40 Jahre hinweg in dogmatischen Grabenkämpfen. Wer weiter als bis zum nächsten Wahlkampf dachte, schien keine Chance mehr zu haben, ihn zu gewinnen."

"Puuhh ..."

"Bis Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts wäre zum Beispiel eine deutliche Anhebung der *Mehrwertsteuer* ein guter Weg gewesen, um die Staatseinnahmen zu stabilisieren, da sie ja an den Außengrenzen Deutschlands zurück-erstattet wurde und somit im Gegensatz zu der praktizierten Anhebung anderer lohnbezogener Steuern kein Export-hindernis gewesen wäre.

Und selbst, nachdem die Erstattung nur noch an den Außengrenzen der EU stattfand und man sich innerhalb der EU auf eine bestimmte Schwankungsbreite geeinigt hatte, wäre es zumindest noch sinnvoll gewesen, die Mehrwertsteuer bis in die Nähe der Obergrenze der Schwankungs-

breite anzuheben und stärker lohnbezogene Steuern und Abgaben dafür zu senken.

Aber in der Bundesrepublik galt die Mehrwertsteuer seit gewisser Diskussionen in den 70er Jahren in breiten Kreisen *generell* als unsozial, weil sie alle Einkommen gleich und damit die unteren Einkommensschichten und Leistungsempfänger anteilig stärker belastet.

Und die Idee, eine Anhebung der Mehrwertsteuer mit einem *Einkommenssteuer-Nachlass für ärmere Steuerzahler* zu verbinden und gleichzeitig die nur noch unter Denkmalschutz-Gesichtspunkten erklärbaren 'Luxussteuern' auf *Kinobesuche, Schaumwein* oder *Salz* abzuschaffen, war wohl auch irgendwie abwegig - schließlich war die Mehrwertsteuer ja *grundsätzlich* unsozial und damit für links gerichtete Kreise undiskutierbar.

Und die *Rechte*, nachdem sie sich zeitweilig immer mal wieder dafür interessierte, so wie dies aus vernünftigen Gründen alle Regierungen immer mal wieder taten und es dann wieder aufgaben, weil sie nicht genug Energie hatten, in der Bevölkerung gegen das grundsätzliche Dogma zu argumentieren, das die jeweils andere Seite in diesen Fällen wieder hervorkramte... - die Rechte also propagierte das ebenso hirnrissige Argument, dass, wenn Deutschland schon bei allen möglichen anderen Steuern innerhalb der EU Spitze sei, dass zumindest die Mehrwertsteuer nach wie vor eine der geringsten in Europa bleiben müsse. Und so ging es immer weiter."

"Oh, lala ..." warf Vladl mitfühlend ein.

"Ist ja gut... - eine andere Denk-Blockade, falls es Dich noch interessiert..."

"Ja sehr!"

"... eine andere Blockade war das Dogma von der '*Gleichbesteuerung aller Einkommensarten*'. "

"What dog?"

"...? - *Dogma*... you know?"

"Oh shure..."

"Dieses *Dogma*, von dem traditionell nur die Landwirtschaft ausgenommen war, hatte bei genauerer Betrachtung absolut keine sinnvolle Grundlage.

### **>> Das Dogma von der Gleichbesteuerung <<**

Ein Staat *hat* nicht alles *gleich* zu besteuern. In erster Linie hat er möglichst *satt* zu besteuern, um seine gesellschaftlichen Aufgaben zu erfüllen und das darin enthaltene Wachstumspotential ausschöpfen zu können. Und das hat er so zu machen, dass sowohl die Wirtschaft davon profitiert und nicht etwa lahm gelegt wird, als auch der soziale Ausgleich im Land. Ansonsten ist es scheißegal, ob Einkommen A gleich besteuert oder gefördert wird, wie Einkommen B. Hauptsache, es steckt keine Willkür dahinter und der Gesellschaft kommt es zugute.

Stattdessen ist aber wahrscheinlich nur wegen dieses Dogmas bis vor zehn Jahren noch niemand auf die Idee gekommen, die Besteuerung für den *Massageberuf* und andere ähnliche Fälle so gut wie abzuschaffen, und damit hunderttausende neuer Arbeitsplätze zu schaffen, die in absolut keiner Konkurrenz zu irgendwelchen anderen Arbeitsplätzen stehen und den öffentlichen Kassen schon allein deshalb zusätzliche *Einnahmen* bringen, weil vorher jeder Arbeitslose nunmal Geld kostete."

Viktor schaute erneut prüfend zu Vladl, doch der wippte nur wie ein Irrer mit allen Extremitäten seiner ohnehin extremen Erscheinung und fühlte sich sichtlich pudelwohl.

"... schließlich war der Staat so verschuldet, dass nicht mal mehr genug da war, um **Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe** aufrecht erhalten zu können, wodurch eine Vielzahl privater Konsum- und Bau-Investitionen aus Vorsicht nun in die Ewigkeit verschoben wurden. In die gleiche Richtung wirkte auch die **Abschaffung der öffentlichen Wohnungsbauförderung**. Und die Krone wurde allem schließlich dadurch aufgesetzt, dass landauf und landab nur noch vom **'Renten-**

**problem'** geredet wurde. Dabei gab es in Wirklichkeit nie ein ernsthaftes Rentenproblem, sondern immer nur ein Arbeitslosenproblem. Schließlich waren Rentner nie etwas anderes als alte Arbeitslose - Zwangsarbeitslose.

Mit Sicherheit hätte jeder künftige Rentner eingesehen, dass es bei ständig steigender Lebenserwartung und Gesundheit im Alter selbstverständlich ist, wenn das Renteneintrittsalter im gleichen Maße nach oben verschoben wird. Dabei hätte das monatliche Renteneinkommen auch langfristig vollkommen stabil gehalten werden können und dem Gespenst von der angeblichen Unsicherheit der gesetzlichen Rentenversicherung wäre von vorne herein der Boden unter den Füßen entzogen worden.

Aber natürlich, wenn die Alten länger arbeiten, gibt es für die Jungen noch weniger Arbeit. Und da man damals keine Ideen mehr hatte, wie man dem Arbeitslosenproblem begegnen könnte, wurde das Rentenproblem erfunden und alle wurden aufgefordert, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht mehr an den eigentlich so dringend herbeigesehnten Konsum zu denken, sondern nur noch an ihre private Altersversorgung - der letztendliche Stoß, um die damals schon endlos kränkelnde Inlandskonjunktur beinahe restlos tot zu sparen.

Alles schien also aussichtslos und zum Verzweifeln und so ließ die miese Kaufstimmung in der Bevölkerung erst recht nicht mehr auf eine wirtschaftliche Trendwende hoffen...

Glücklicherweise änderte sich das vor zehn Jahren doch noch. Im 'Haus der Zukunft' einigte man sich über alle Fraktionen hinweg auf einen breiten Konsens und der brachte schließlich die *Neue Einheit*."

"Hossahh...!", kommentierte Vladl, ganz aus dem Häuschen, und nur Nanosekunden später, derweil Viktor ihn bestürzt ansah, ergänzte er mit "... Tschuldigung, muss ich irgendwo gehört haben... Und was war der Konsens?"

Viktor verharrte noch einen Moment und holte tief Luft, doch seine Gesichtszüge entspannten sich wieder, fand er

doch jetzt spürbar Gefallen an seinen Ausführungen, so wie 'der Mann an sich' geradezu zwangsläufig auflebt, wenn man ihm mal zuhört, zumindest vermeintlich.

**>> Die neue Einheit:  
... 'Projekt-Dekade Zukunft 2020' <<**

"Ja, zuerst einmal war es wichtig, den Menschen überhaupt wieder Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems zu geben. Dazu war es schon mal gut, dass die Fraktionen sich in unstrittigen Punkten tatsächlich durchdrangen, zusammen zu arbeiten.

So um 2008 verkündete man schließlich das Ziel, innerhalb der Dekade von 2010 bis 2020 die Massenarbeitslosigkeit abzuschaffen, die staatlichen Haushalte zu sanieren, den Energieverbrauch noch einmal um mehr als 1/4 zu verringern und damit das größte weltweite Umweltproblem zu entschärfen, das Lohneinkommen der arbeitenden Bevölkerung real um 15 % zu erhöhen und dabei die Arbeitszeit im Schnitt um 10 % zu verringern. Gleichzeitig wurden *Zukunftsprojekte* entworfen, mit deren Hilfe diese Ziele erreicht werden sollten. Fraktionsübergreifend wurde die Überzeugung geäußert, dass alle großen Probleme des Landes innerhalb von nur zehn Jahren gelöst werden könnten, wenn man nur konsequent und mutig die gemeinsam erarbeiteten Projekte anginge.

Das Ganze bekam den Namen *Projekt-Dekade Zukunft 2020* und wurde mit viel Pathos inszeniert, wie Anfang der 60er bei den Amis, als Präsident Kennedy verkündete, bis zum Ende des Jahrzehnts mit bemannten Raketen zum Mond fliegen zu wollen. Man sah ein, dass große Entwicklungen nur an Schwung gewinnen konnten, wenn wieder eine Art *Stimmung des Machbaren* herrschte."

"Und was wollte man machen?"

## **>> Massivste Forschungs- und Entwicklungs-Förderung für fortschrittliche Zukunftstechnologien <<**

"Ja... zum Beispiel stellte man fest, dass es für die wirtschaftliche Zukunft der Republik von ganz großer Bedeutung war, neben der allgemeinen Bildung auch die Erforschung neuer Technologien für langfristige Wachstumsmärkte sowie Hilfen zur beschleunigten Markteinführung neuer Ideen zu verstärken - quasi koste es, was es wolle, weil man im Ausland außer mit knappen Rohstoffen, die wir ja nunmal nicht besitzen, eben nur mit fortschrittlicher Zukunftstechnologie Geld verdienen kann. Die jeweils fortschrittlichsten Technologien sind grundsätzlich knapp und teuer.

## **>> Innovative Schutz- und Patentverfahren <<**

In dem Zusammenhang sind auch die neuen patentrechtlichen Marketing-Aktionsgruppen von großer Wichtigkeit, weil sie in Zukunft nicht nur den Ideen von einfachen Privatleuten zum Durchbruch verhelfen, sondern auch die Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft enorm stärken werden. Ein Großteil meiner wirklich erfolgreichen Ideengeber sind nämlich Studenten und Forscher aller Universitäten des Landes, deren Ideen wir zur Markteinführung verhelfen..."

"Viktor, zu diesem Thema habe ich eine integrierte Speichereinheit - Du erinnerst Dich...?"

"Oh ja, entschuldige, ich vergaß... - wieso ausgerechnet zu Patentrecht?"

"Unsere Informationen über die Menschheit sind bisher nicht ganz vollständig."

"Ja, hört sich so an."

"Hast Du noch andere Beispiele?"

"Ja, zum Beispiel konnte man feststellen, dass es in der Gesellschaft **einen ernststen Mangel an menschlich-persönlicher Zuwendung** gab, auch an professioneller Zuwendung.

Und da es sich dabei fast zwangsläufig immer um 100 % Handarbeit handeln musste und fast alle wichtigen Steuern, Abgaben und Lohnnebenkosten, wenn man es einmal genau betrachtete, die menschliche Arbeitskraft betrafen, war klar, dass dieses Steuersystem ein Unbefriedigtbleiben menschlich-persönlicher Zuwendungsbedürfnisse geradezu gefördert hatte.

**>> Millionen neuer Arbeitsplätze durch einen Lohnnebenkosten-Bonus für den 'Dienst am Menschen' <<**

Und so beschloss man über fast alle Fraktionen hinweg, dass menschlich-persönliche Zuwendung, sofern sie sich direkt mit der Gesundheit oder dem Wohlbefinden von Körper oder Geist einzelner Menschen beschäftigte und alle dadurch charakterisierbaren Berufe - egal ob selbständig oder angestellt - dass alle diese Berufe also zu großen Teilen von den Lohnnebenkosten befreit werden sollten, und zwar schrittweise innerhalb von nur fünf Jahren - gerade genug, damit Ausbildung und Umschulung neuer Arbeitskräfte für diesen Sektor halbwegs mithalten konnten. Man erfand die Einkommenskategorie *Persönlicher Dienst am Menschen*."

"Vernünftig, aber haben da andere Berufsgruppen nicht geputscht?", versuchte Vladl, sich in menschliche Verhaltensweisen hineinzudenken.

"Nicht besonders - allen wurde im Laufe der öffentlichen Diskussion klar, dass diese Kosten ausnahmsweise einmal niemand zahlen musste - im Gegenteil. Den Abbau der Arbeitslosigkeit durch diese Maßnahme konnte sich jeder auch vorher schon gut vorstellen. Und den enormen Ausbau von Arbeitsplätzen sah man später dann sprichwörtlich an jeder Straßenecke, wo sich das kundennahe Dienstleistungsgewerbe ja gerne niederlässt."

"Aber bestimmt wurden dadurch auch Berufe begünstigt, in denen schon vorher sehr viel verdient wurde", hakte Vladl nach.

"Nicht wirklich", glaubte Viktor sich zu erinnern. "Im Allgemeinen hat man sich immer bemüht, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass bei den geförderten Berufsgruppen auch die *Konkurrenz* im gleichen Maße anstieg, damit alle Vergünstigungen voll an die Kundenpreise weiter gegeben wurden. Also hat man in erster Linie den Kunden beschenkt.

Und weil man sie den Arbeitgebern nicht durch niedrigere Sozialversicherungs-Prozente zukommen ließ, sondern in Form des Lohnnebenkosten-Bonus, also durch *gleiche Abzugsbeträge* unabhängig von der Lohnhöhe, wurden hier alle Lohnstufen gleich begünstigt, was bedeutete, dass bei den oberen Lohnstufen prozentual gesehen kaum eine Verringerung der Lohnnebenkosten eintrat, während ein Arbeitgeber für nur einfach bezahlte Angestellte der geförderten Berufsgruppen fast gar keine Lohnnebenkosten mehr abführen musste.

Ziemlich schlecht bezahlt wurden zum Beispiel einfache Krankenschwestern und Pfleger, und so konnten Krankenhäuser durch die eingesparten Abgaben bei gleich bleibenden Einnahmen viel zusätzliches Pflege- und Betreuungspersonal einstellen."

"Aja ... und gab's noch mehr Ideen?"

"Ja, eine grundsätzlich andere Idee war es, *Inlands-Urlaub* und Freizeit auf allen Ebenen fördern zu wollen.

### **>> Hunderttausende neuer Arbeitsplätze durch mehr Urlaub und Freizeit im Inland <<**

Jeder im Inland ausgegebene Urlaubs-Euro hat gegenüber dem im Ausland ausgegebenen einen enormen Effekt für die inländische Wirtschaft.

So förderte man Neubauinvestitionen in Freizeit- und Urlaubseinrichtungen aller Art - in geeigneten Gebieten - über begünstigte Abschreibungen und stuft die meisten der im Freizeit- und Urlaubsgewerbe Tätigen, zum Beispiel auch Restaurantbeschäftigte, in die Einkommens-Kategorie

'*Dienste für Tourismus und Freizeit*' ein, so zum Beispiel fest angestellte Kellner und sonstige Bedienung in Restaurants, Köche, Zimmerservice und Reinigungspersonal in Urlaubshotels sowie in allen Touristenunterkünften für in- und ausländische Gäste, ebenso Animatoren, Schausteller, Bühnenspersonal und sonstige Dienste in speziell ausgewiesenen Tourismusschwerpunkten. Deren Arbeitgeber befreite man durch einen hohen Bonus zu großen Teilen von den Lohnnebenkosten.

Die Freizeit-Neubauförderung führte dazu, dass sich auch in diesem Bereich die Konkurrenz entsprechend erhöhte und die Preise der inländischen Freizeit- und Urlaubsangebote entsprechend der Steuer- und Lohnnebenkosten-Vergünstigungen deutlich sanken. Und die finanzierten sich sogar überwiegend von selbst, weil in erheblichem Maße zusätzliche Inlandsnachfrage und somit Wachstum entstand.

Zum Teil wurden sie aber auch durch die **Abflugsteuer** mitfinanziert, die seither an allen deutschen Flughäfen für Volljährige erhoben wird. Ich glaube, zuerst wurde sie pauschal auf 29,- Euro festgelegt und dann in 2 Schritten auf 49,- und 69,- Euro erhöht. Das war bestimmt die unpopulärste Maßnahme der neuen Steuerpolitik - aber völlig gerechtfertigt.

Die letzte Stufe soll vielleicht wieder wegfallen, wenn man sich in Brüssel mal auf eine gemeinsame *Kerosinsteuer* geeinigt hat. Bisher ist das Flugbenzin schließlich der einzige Treibstoff, der überhaupt nicht besteuert wird, obwohl er sogar am schädlichsten ist."

"Aber hat die Abflugsteuer denn bewirken können, dass mehr Deutsche ihren Urlaub jetzt im Inland verbringen, und wurden dadurch ausländische Urlauber nicht abgeschreckt - ich meine, durch die Abflugsteuer...?", wollte Vladl wissen und konnte sich, ebenso wie Viktor, ein breites Grinsen nicht verkneifen.

"Was genau was bewirkt, ist ja immer schwer zu sagen, aber der Inlandstourismus und das Freizeitgewerbe boomen seither wie verrückt! Überall an geeigneten und dafür vorge-

sehenen Stellen entstanden neue Freizeit- und Urlaubszentren. Die Zahl der Auslandsflüge dagegen stagnierte oder ging sogar leicht zurück, obwohl die Zahl der Übernachtungen ausländischer Touristen in Deutschland enorm anstieg.

Deutschland wurde wegen der Investitions- und Lohnnebenkostenzuschüsse trotz Abflugsteuer ein wesentlich günstigeres Urlaubsland und hat heute für alle Urlauber viel mehr zu bieten, als noch vor zehn Jahren. Schließlich waren wir damals ausschließlich ein Urlaubsland für Rentner und Familien mit jungen Kindern, die sich schon immer gern dort aufhielten, wo auf jeden Fall *nichts los ist* - zumindest, solange die Kinderbetreuung im Urlaub noch so miserabel war. Heute dagegen kriegt hier jeder die Action, die er braucht - jedenfalls war das eines der großen Ziele - und für mich trifft das auch mehr oder weniger zu!"

"Ja, bei aller Gelassenheit - Glück ohne Action ist schwierig."

"Genau - jedenfalls, was die Steuer auf jeden Fall brachte, war, den jahrelang steigenden *Wochenend*-Flugtourismus ins Ausland zu stoppen. Das war nämlich echt heftig - für die Umwelt und überhaupt."

"Hab ich auch gehört. Eure Flugzeuge sollen ja so richtig Scheiße sein", erinnerte sich Vladl.

"Ah, hat sich das rumgesprochen... - Na ja, so weit so gut... Dass aber der Inlandstourismus heute so dermaßen boomt, hat mehr noch mit den neuen Arbeitszeitregeln zu tun."

"Ah, noch eine Idee?"

"Ja, vielleicht eine der besten."

"Erzähl Viktor!"

"Na gut. Wie ich vorhin schon mal kurz erwähnt hatte, beschloss man, die *4-Tage-Woche* einzuführen.

**>> Millionen neuer Arbeitsplätze durch Förderung  
freiwilliger Arbeitszeitverkürzung <<**

Vorher gab es fast nur die 4 1/2 bis 5-Tage-Woche - meist mit 38 Arbeitsstunden pro Woche und 30 Urlaubstagen pro Jahr, was sechs Urlaubswochen ergab. Und da viele Berufstätige Montags bis Donnerstags nach acht Stunden Arbeit noch etwas Energie hatten und ihre Arbeitgeber inzwischen nur noch so wenig Leute einstellten, dass die ihre Arbeit in der eigentlichen Arbeitszeit schon lange nicht mehr schaffen konnten, arbeiteten sie oft jede Woche noch ein paar Stündchen mehr, ohne dass sie dafür an anderen Tagen früher nach Hause gehen konnten - zumindest wenn sie keinen Ärger haben wollten - und gleichzeitig waren damals fünf Millionen Menschen im Lande arbeitslos - pervers, nicht wahr?"

"Auf jeden Fall, aber das sagtest Du schon, Viktor."

"Ja, ich kann mich gar nicht genug darüber aufregen... - also - und deshalb entschloss man sich, ein Zeitsystem einzuführen, das, automatisch und in erster Linie psychologisch begründet, eine gewisse Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeiten bringen sollte, damit die Arbeit auf mehr 'Schultern' verteilt würde."

"Und was genau hat man schließlich eingeführt?"

"Ja, man hat eben die 4-Tage-Woche gesetzlich initiiert."

"Und was heißt initiiert?"

"Also, die 4-Tage-Woche bei maximal 38 Stunden wurde, nach drei Jahren Vorlaufzeit, für einen Übergangszeitraum von einem Jahr gesetzlich eingeführt. Danach sollte sie wieder einzel- und tarifvertraglich frei verhandelbar sein."

Andererseits konnte sie bereits vor der Einführung durch gemeinsame Willenserklärung der einzelnen Arbeitgeber mit ihren Arbeitnehmern für je ein halbes Jahr abgewendet werden - davon wurde zum Beispiel Gebrauch gemacht, wenn man im Einzelfall Arbeitsplätze gefährdet sah."

"Ah ja... - quasi eine Initiierung."

"Du hast es erfasst. Die Arbeitnehmer freuten sich tierisch, denn praktisch gesehen hatten sie plötzlich 45 Urlaubstage zusätzlich pro Jahr."

An vielen Wochenenden gab's nun die Möglichkeit, einen verlängerten Wochenendurlaub einzulegen und gerade das führte auch dazu, dass die deutschen Urlaubsregionen einen enormen Boom an Kurzurlaubern feststellten, der sich sogar bis heute noch ausweitete. Da war dann auch die Abflugsteuer wieder sehr wichtig, damit nicht auch die Zahl der Wochenend-Flugreisen zunahm.

Allerdings sollte der meist sechswöchige Jahresurlaub natürlich nicht ausgeweitet werden, da Langzeiturlaube im Schnitt eben häufiger für Auslandsreisen genutzt werden. So kürzte man im gleichen Moment die Zahl der Urlaubstage, egal ob tariflich oder vertraglich geregelt, um 20 % der jeweils vereinbarten Zeit, meist also auf 24 Tage pro Jahr, was bei einer 4-Tage-Woche nach wie vor sechs Urlaubswochen ergab.

Den Arbeitgebern wurde natürlich schnell klar, dass sie nach der dreijährigen Übergangsfrist die eine oder andere Arbeitskraft zusätzlich einstellen müssten und so fürchteten sie zuerst neue Probleme, da sich dann womöglich zwei Arbeitnehmer im Laufe der Woche *einen* physischen Arbeitsplatz zu teilen hatten.

Um diese und andere Befürchtungen zu entschärfen, führte man für Arbeitnehmer mit 4-Tage-Woche gleichzeitig den *Samstag* gesetzlich als normalen Arbeitstag ein und schaffte damit für alle Unternehmen die Möglichkeit, die Rentabilität des eingesetzten Kapitals zu erhöhen. Man wollte die Wirtschaft ja nicht zusätzlich belasten, sondern neue Impulse für Urlaub, Freizeit und Konsum im Inland schaffen."

"Das hört sich ja durchdacht an...?"

"Ja, tatsächlich - auch in der Anfangsphase konnte dadurch erreicht werden, dass sich die zusätzlichen Arbeitskräfte nicht groß gegenseitig in die Quere kamen, und darüber hinaus erfüllte die Samstagarbeit einen lang gehegten Wunsch der Arbeitgeberverbände, so dass eigentlich auch die restlos zufrieden waren.

Außerdem sahen darin schließlich sogar die Arbeitnehmer noch ein zusätzliches Plus. Da künftig die wöchentlichen Arbeitstage ja zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber persönlich verhandelt werden konnten, ließ es sich oftmals erreichen, dass ein Arbeitnehmer am Stück von Freitag bis einschließlich Dienstag frei hatte, ohne auch nur einen einzigen Urlaubstag einsetzen zu müssen. Zumindest war es relativ leicht möglich, ohne Einsatz von Urlaubstagen einen verlängerten Wochenendurlaub zum Beispiel von Freitag bis Sonntag oder von Sonntag bis Dienstag einzulegen - auch für Familien mit zwei oder mehr Berufstätigen.

Den Urlaubsregionen brachte das spontan eine enorme Ausweitung ihrer Wochenendkapazitäten, weil das Wochenende für sie jetzt nicht mehr zwei, sondern praktisch 5 Tage hatte. Alle waren also hoch zufrieden!"

"Hallalli...! Dass es sowas bei Euch gibt, ahnte ich nicht einmal!"

"Ich vorher auch nicht. Übrigens, der Schichtdienst, für den es ja sowieso Sonderregelungen gab, wurde von der Neuregelung ausgenommen. Und überhaupt war auch die Tarifautonomie kaum betroffen. Die meisten einmaligen gesetzlichen Regelungen sollten die Entwicklung lediglich anstoßen und sicher stellen, dass *beide* Tarifparteien sich Vorteile von der 4-Tage-Woche versprechen konnten, und so wurde die sofortige Neuverhandlung der bestehenden Tarif- und Einzelverträge oftmals überflüssig.

"Verstehe."

"Das alles waren Maßnahmen, die zum ersten Teil des Aktionsplans gehörten. Mit dem dadurch ausgelösten Abbau der Arbeitslosigkeit erreichte man eine enorme Ausweitung des Inlandskonsums, überwiegend in Bereichen, die früher künstlich klein gehalten wurden.

Und die Maßnahmen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Vermarktung taten nach einer längeren Anlaufphase ihr übriges."

"Bestimmt hatte der Aktionsplan auch einen zweiten Teil, oder?", hörte Viktor Vladl sagen.

"Mensch Vladl, Du kriegst ja gar nicht genug!"

"Sag nicht immer Mensch zu mir!"

"Oh, entschuldige."

"Ist schon gut - mach weiter! Was war der zweite Teil?"

"Der zweite Teil bestand insbesondere in der *Wiederankurbelung des privaten Wohnungsbaus.*

### **>> Große 0-Energiehäuser und -wohnungen für Alle <<**

Schon seit den 80er Jahren wurde die Wohnungsbauförderung immer weiter abgebaut - Anfang dieses Jahrhunderts praktisch auf Null. Dabei war einer der Hauptpfeiler des menschlichen Strebens nach mehr Konsum immer der Traum, über mehr Quadratmeter Wohnfläche zu verfügen (natürlich in idealer Umgebung) - zumindest mehr, als man jeweils gerade hatte.

Und war erst mal eine größere Wohnfläche da, musste zwangsläufig auch eine Menge 'Füllmaterial' gekauft werden - Einrichtungsgegenstände und Freizeitausstattung aller Art.

Wollte man den Konsum auch langfristig fördern, und das wollte man nun zumindest so lange tun, bis die Zahl der freiwillig immer weniger arbeitenden Menschen einmal so groß würde, dass der ständige Produktivitätsfortschritt nicht wieder zu Massenarbeitslosigkeit führte - wollte man also den Konsum auch langfristig fördern, so ging wohl nichts daran vorbei, auch die Wohnungsbautätigkeit wieder anzukurbeln.

Dabei mussten allerdings ein paar Dinge beachtet werden:

### **>> Wirkungsvoller Umwelt- und Klimaschutz <<**

Da Deutschland im Vergleich zu seiner Einwohnerzahl nicht gerade ein großes Land ist, musste möglichst flächensparend gebaut werden, und zwar eher an den landschaftlich *nicht* so reizvollen Stellen der Städte. Außerdem war wichtig, dass

diese Gebiete mitsamt verbleibender Freiräume hinterher wesentlich reizvoller und ökologisch wertvoller sein würden als zuvor, nicht zuletzt, damit Menschen dort auch wohnen wollten und die Städte an Attraktivität gewannen. Das war erste Priorität.

Zweitens sollten Neubaugebiete natürlich verkehrsgünstig gelegen sein in dem Sinne, dass sie möglichst wenig zusätzlichen Verkehr verursachen und gut mit Bus und Bahn zu erreichen wären. Beides unter einen Hut zu bringen, war oft nicht einfach.

Glücklicherweise konnten zunehmend die automatischen Abgaben-Einzugssysteme auf der Basis von GPS genutzt werden. Man besteuerte Pkw-Fahrten und zum Teil bestimmte Fahrtstrecken so, dass das von der Mehrheit gewünschte Verkehrsverhalten dabei herauskam und der Verkehr auch in den Städten nicht zu sehr störte. Der Energieverbrauch der Fahrzeuge selbst wurde durch hohe Treibstoffsteuern und strenge gesetzliche Höchstverbrauchsgrenzwerte seit damals schon um fast 2/3 gesenkt. Ein Beispiel: Noch ums Jahr 2000 herum wurden lediglich 10-15 % des Gesamtenergieverbrauchs eines Autos während seiner 'Lebenszeit' für die Rohstoffherzeugung und Herstellung aufgebracht. Die restlichen 85-90 % waren Treibstoff, dessen Energiegehalt in den damaligen Motoren aber nicht etwa in 'Bewegung', sondern fast ausschließlich direkt in Wärme verwandelt wurde. Eine Verschwendung höchsten Grades.

Aber auch die verstärkte Neubautätigkeit sollte nicht etwa zu einer Erhöhung des privaten Heizenergieverbrauchs führen, sondern im Gegenteil eine radikale *Reduzierung* ermöglichen.

Auch hier ein Beispiel: Noch um die Jahrhundertwende wurde in Deutschland so gebaut, dass etwa 75 % des prognostizierten Gesamtenergieverbrauchs eines Hauses im Laufe seiner 'Lebenszeit' für die Heizenergie drauf ging und nur 25 % für das Baumaterial und die Bautätigkeit selbst. Auch das sollte sich radikal ändern.

Die Menschen im Lande sollten sich mit ökologisch gutem Gewissen zunehmend mehr Wohnfläche gönnen und sie mit allen Möbeln und Dekorationsobjekten vollstopfen können, von denen sie immer geträumt hatten, und das bereits kurz- bis mittelfristig *ohne* Energieverbrauch.

Technisch war das längst möglich, aber diese Techniken kosteten zusätzliches Geld, das wegen der bis dahin niedrigen Energiepreise durch Energieeinsparungen nur teilweise hereingeholt werden konnte.

Man beschloss also eine massive Förderung insbesondere in Bereichen, wo nachträgliche Verbesserungen später nur mit großem Aufwand vorzunehmen wären. Um Fördermittel bekommen zu können, mussten dann zum Beispiel auch schon großflächige Bereiche für die spätere Bestückung mit Solarzellen vorbereitet werden, sobald hier durch künftige Massenproduktion eine ausreichende Wirtschaftlichkeit gegenüber der herkömmlichen Stromerzeugung erreicht sein würde.

Darüber hinaus wurden neue gesetzliche Grenzwerte eingeführt, so dass Häuser mit ungünstigem Energieverbrauch überhaupt nicht mehr gebaut wurden.

Gleichzeitig beschloss man, die Steuern auf den privaten Hausverbrauch von Erdöl und Erdgas in kleinen jährlichen Schritten bis 2020 stark anzuheben - Heizenergie ist dadurch heute fast dreimal so teuer, wie vor zehn Jahren, allerdings verbrauchen normale Haushalte auch nur noch die Hälfte.

Insgesamt wurde der private Wohnungsbau aber durch die Wiedereinführung der Wohnungsbauförderung für untere Einkommen sogar günstiger. Auf diese Weise wuchs auch die Wohnungs-Neubauwirtschaft zusätzlich zum boomenden Freizeitsektor in den letzten Jahren wieder verstärkt.

Aus- und Umbauten boomten ja sowieso, da Energiesparmaßnahmen auch im Altbau enorm gefördert wurden und die Heizenergiesteuern ja auf lange Sicht kalkulierbar anstiegen. Das war bereits zu Beginn der Wirtschaftsreformen über alle Fraktionen hinweg beschlossen worden."

"Viktor, das hört sich alles sehr interessant an, aber ich werde das Gefühl nicht los, dass die staatlichen Förderungen und Steuervergünstigungen auch Geld gekostet haben müssen. Hast Du nicht gesagt, der Staat war fast bankrott?"

"Ja, aber außer den Energiesteuern gab es ja auch noch andere Steuererhöhungen. Und im Laufe der nun fast zehn Jahre haben sich die Fördermaßnahmen durch die boomende Wirtschaft und sinkende Sozialkosten auch für die öffentlichen Kassen enorm gelohnt."

"Und welche Steuern außer den privaten Energiesteuern wurden noch erhöht?", hatte Vladl immer noch nicht genug.

### **>> Mehr Umverteilung von Reich zu Arm <<**

"Oh oh, Vladl, ich versuch's mal kurz: Die Frage, die sich stellte, war einfach: Welche Steuern könnten technisch relativ problemlos erhoben werden, brächten ein möglichst *sehr* großes Steueraufkommen und würden dennoch nicht zu einer Verringerung des Inlandskonsums oder zu Nachteilen für die Exportwirtschaft führen?"

"Oh, sowas gab es?"

"Ja, zum Beispiel die Erbschaftssteuer - die wurde für große Vermögen deutlich erhöht, auf ein Niveau, wie es auch in vielen anderen entwickelten Ländern üblich und gerecht war."

"Gerecht, weil außergewöhnlicher Reichtum von Geburt her immer ungerecht ist, oder...?"

"Ja genau."

"Und welche Steuern hat man noch erhöht?"

"Naja... wie das in der Wirtschaft so ist, haben Wirtschaftsaufschwünge sehr viel mit Massenpsychologie zu tun. Ist die Kaufstimmung gut, floriert der Inlandskonsum, und das ist schon mal die halbe Miete. Und allein durch den Abbau der Arbeitslosigkeit wurde die Kaufstimmung schon viel besser.

Sowas hat auch fast überhaupt nichts mit der tatsächlichen Höhe der Steuern im Lande zu tun. Leute kaufen ein Produkt,

solange sie irgendwo noch was übrig oder beiseite gelegt haben...,"

"Du meinst Geld, nicht?"

"Ja Vladl... Außerdem brauchen sie das Gefühl, dass sie das Produkt wirklich gerne besäßen und dass es im Vergleich zu anderen Produkten nicht zu teuer ist. Solange sie also Geld haben, werden Produkte, bei denen das zutrifft, auch gekauft - egal, wieviel Steuern sie schon gezahlt haben und egal, wieviel Steuern in den Produkten selbst stecken.

Und die Deutschen *hatten* was beiseite gelegt! Zwar gab es immer mehr Arme, die sich nur das Allernötigste leisten konnten. Aber in weiten Teilen der Bevölkerung und ganz besonders bei den oberen Einkommensgruppen waren die Konten randvoll.

Nur mussten inzwischen allzu viele immer länger nachdenken, bis ihnen wieder mal was einfiel, was sie unbedingt haben wollten, was ihnen im Vergleich zu anderen Dingen aber nicht zu teuer vorkam. Alles, was sie ständig kauften, war so billig geworden, dass man da sein Geld nicht los werden konnte und vieles von dem, was sie sich gerne darüber hinaus gegönnt hätten, schien demgegenüber irgendwie zu teuer zu sein. 'Wie? - 20 Euro für einen Kurz-Besuch im Nagelstudio?! Da kann ich ja drei Tage von leben!'

"Nagelstudio?", erkundigte sich Vladl.

"Nicht was Du meinst... - das fängt erst bei 150,- Euro die Stunde an... - Maniküre, Pediküre!

"Ach so..., und was soll ich gemeint haben?"

"Ach lass mal...", wiegelte Viktor ab. "Die Idee war also, die deutliche Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten für die schon erwähnten Dienstleistungsbereiche dadurch zu finanzieren, dass man die Einkommenssteuer für obere Einkommensgruppen wieder erhöhte.

Im Gegenzug hatten die oberen Einkommen natürlich die Chance, ihre zusätzlichen Steuern dadurch wieder herein zu holen, dass sie in Zukunft verstärkt die günstiger werdenden Dienstleistungen in Anspruch nahmen. Nicht gerade eine

neue Idee aber immer noch die sinnvollste, das musste man schließlich so einsehen."

"Der Staat hat also sogar eine Menge zusätzlicher Steuern eingenommen?"

"Ja."

"Was hat er denn damit gemacht?"

### **>> Entlastung unterer Einkommen durch negative Einkommenssteuer <<**

"Den 'Armen' gegeben."

"Oh, das ist aber nett, oder?"

"Nein, nicht wirklich - dass war einfach absolut notwendig. Die Hälfte der Gelder wurde zwar in die Senkung der Lohnnebenkosten und die Finanzierung weiterer ungedeckter Steuervergünstigungen gesteckt, schließlich wollte man ja die Standortbedingungen der Unternehmen stärken - Du kannst Dich erinnern, das hatten wir schon."

"Ja."

"Die andere Hälfte der Gelder ging aber direkt an die unteren Einkommen. Und das war notwendig, weil gerade bei den unteren Einkommen noch die meisten Konsumwünsche bestanden und weil die Verteuerung der Heizkosten ja Ärmere genauso betraf wie Reiche - schließlich werden dadurch alle Bürger heute mit rund 600,- Euro pro Jahr zusätzlich belastet. Das musste natürlich für die unteren und mittleren Einkommen voll ausgeglichen werden. Die öffentlichen Leistungen bei Arbeitslosigkeit und sonstiger Not wurden zum Beispiel allein deshalb um etwa 50,- Euro pro Person und Monat erhöht."

"Ah ja... und wie hat man das übrige Geld an die Ärmeren verteilt?"

"Zur Entlastung der unteren Einkommensbezieher wurden zuerst verschiedene Maßnahmen diskutiert, so auch die Erhöhung des Grundfreibetrages bei der Einkommensteuer - wie immer, wenn man angeblich nur den unteren Einkommen

etwas Gutes tun will. In Wirklichkeit hätte das aber die oberen Einkommen wieder einmal mindestens genauso stark entlastet - und das wollte und musste man diesmal auf jeden Fall vermeiden.

So hat man sich schließlich zur Einführung einer Komponente der '*Negativen Einkommenssteuer*' entschlossen.

Die meisten Vorschläge dazu waren zwar schon in den 70er und 80er Jahren gemacht worden, aber erst vor zehn Jahren konnte man sich ansatzweise auf eine solche Komponente verständigen."

"Was bedeutet denn 'negative Einkommenssteuer'?", hakte der unglaubliche Vladl nach.

"Ich glaube, ich nenne Dich nur noch den *unglaublichen Vladl*", kommentierte Viktor, arg am Rande der geistigen Erschöpfung. "Frühere Einkommenssteuersysteme nannte man 'sozial', wenn die geringsten Einkommen überhaupt nicht besteuert wurden, die höheren dann aber überproportional immer mehr - jedem nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit, um es mal kurz zu fassen.

Außerdem gab es eine Menge möglicher Zuschüsse und Hilfen, von der Sozialhilfe über Arbeitslosenhilfe, Kindergeld, Wohngeld und vieles mehr. Im Extremfall konnte eine solche Vielfalt der verschiedenen Zuschüsse aber dazu führen, dass, wenn jemand 100 Euro mehr verdiente, ihm 200 Euro an Zuschüssen oder 'geldwerten Vorteilen' gestrichen wurden.

Die Vielfalt an Transfers ist in jedem Fall sehr verwaltungsmäßig intensiv und wegen der Komplexität für den einzelnen Hilfsbedürftigen nicht durchschaubar. Dadurch wird das Ganze unter Umständen auch sozial ungerecht oder willkürlich, weil vom sozialen Engagement der damit befassten Verwaltungsangestellten abhängig und kaum kontrollierbar."

"Klar."

"Die Grundidee der negativen Einkommenssteuer bestand nun darin, viele oder sogar die meisten dieser Transferzahlungen von der Gemeinschaft zum Einzelnen und vom Einzelnen zur Gemeinschaft durch ein einheitliches und kontinuierliches

Einkommenssteuersystem zu ersetzen. Wer nichts verdient, bekommt automatisch ein kleines Grundgehalt, verdient er mehr, wird immer mehr von diesem Grundgehalt gestrichen, bis er schließlich zum Steuerzahler wird - von da an geht es dann weiter wie heute - nur, dass die meisten Abschreibungsmöglichkeiten der Einkommenssteuer gestrichen oder pauschaliert werden sollten, um auch hier zu vereinfachen.

Die Befürworter eines solchen Modells berechneten damals, dass auf diese Weise dermaßen viel Verwaltungspersonal eingespart werden könnte, dass sowohl die staatlichen Hilfeleistungen gesteigert, als auch die Steuerlast für den Einzelnen und die Wirtschaft gesenkt werden könnte.

Erst letztes Jahr begann man aber über alle Fraktionen hinweg, die möglichen Auswirkungen solcher Modelle konsequent im Detail zu untersuchen. Man darf gespannt sein, was dabei heraus kommen wird."

"Was hat man denn dann vor zehn Jahren beschlossen?", hakte Vladr treffsicher nach.

"Vor zehn Jahren hat man nur eine kleine Komponente davon beschlossen. Bei der damals bestehenden Finanzkrise war allen inzwischen klar, dass man mit der Verteilung von Steuer-Vergünstigungen sparsam umgehen musste - insbesondere, weil auf Grund des **Globalisierungsdrucks** fast über 30 Jahre hinweg die Steuerbeiträge höherer Einkommen immer mehr reduziert worden waren.

Da mögliche Investoren aus dem Ausland bei internationalen Standortentscheidungen meist nur eine sehr begrenzte und schlecht begründbare Anzahl an Indikatoren zusammenstellen, kam der Höhe des *Spitzensteuersatzes* der Einkommenssteuer eine besondere Bedeutung zu. Deshalb hatte man den Spitzensteuersatz inzwischen auf ein in der Geschichte der Bundesrepublik nie da gewesenes Tief gesenkt. Außerdem traute man sich deshalb trotz größter Finanzprobleme auch nicht, die Vermögenssteuer wieder einzuführen."

"Ein wirkliches Problem, nicht wahr...?"

## **>> Langfristige internationale Abkommen zur Überwindung wirtschafts- und sozialschädlichen Steuer-Dumpings <<**

"Ja, durch die Globalisierung der Wirtschaft können die einzelnen Staaten immer weniger sicherstellen, dass Reiche in ausreichender Höhe besteuert werden.

Das Grundproblem daran ist auch heute noch nicht gelöst. Allerdings konnte sich ein Großteil der EU-Staaten vor ein paar Jahren dazu durchringen, verschiedene internationale Abkommen auf den Weg zu bringen, so zum Beispiel den Entwurf zu einem **internationalen Mindestbesteuerungsabkommen**.

Und auch ein neues **internationales Zollabkommen** wurde auf den Weg gebracht.", bei dem anerkannt wird, dass es weltwirtschaftlich nicht erwünscht ist, dass einzelne Staaten in extreme wirtschaftliche Krisen geraten.

Danach dürften Krisenstaaten bestimmte festgelegte Importsteuern zeitweilig erhöhen, um mehr Staatseinnahmen zu erzielen und die einheimische Wirtschaft vorübergehend vor internationaler Konkurrenz zu schützen."

"Und was hat es mit dem Mindestbesteuerungsabkommen auf sich?", hakte Vladl nach."

"Grob gesagt hat man ein Vertragswerk ausgearbeitet, bei dem sich die Unterzeichnerstaaten verpflichten, über alle Einkommen und Steuern hinweg eine bestimmte Mindestbesteuerungsquote zum Bruttosozialprodukt zu erreichen.

Die Mindestquote selbst ist nach Höhe des Bruttosozialprodukts der Länder gestaffelt, damit unterentwickelte Staaten mehr Möglichkeiten haben, Auslandsinvestitionen anzulocken.

Man verständigte sich darauf, dass es tatsächlich auch im Interesse der Weltwirtschaft liegt, wenn überall auf der Welt möglichst hohe Steuerquoten bestehen und der Reichtum der

einzelnen Länder durch soziale Umverteilung möglichst breit gestreut werden kann.

Folgerichtig verkündete man das große Ziel, zukünftig verhindern zu wollen, dass die steigende internationale Konkurrenz um Unternehmen und Kapital dazu führt, dass die nationalen Steuerquoten überall auf der Welt immer weiter sinken und zur Verarmung weiter Bevölkerungskreise führen.

Schließlich hat man sich auf fünf Stufen geeinigt, um von Anfang an die Möglichkeit zu fördern, dass die Staaten der Welt wieder in zunehmendem Maße 'sozialer' werden.

Allerdings tritt jede der fünf Stufen erst dann offiziell in Kraft, wenn sie von einem Großteil der Industriestaaten unterzeichnet wurde - ich glaube, mindestens 75 % der Bevölkerung der entwickelten Wirtschaftsnationen muss durch Unterschrift vertreten sein, bevor eine Stufe in Kraft tritt. Bisher ist das noch bei keiner einzigen Stufe geschehen, aber mittel- bis langfristig erhofft man sich eine ganze Menge von diesem Abkommen.

Solange aber die oberen beiden Stufen noch nicht erreicht sind, wird der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer in Deutschland kaum wieder erhöht werden können. Deshalb musste man das Problem vor zehn Jahren auf andere Weise lösen."

"Und wie?"

"Man beschloss, gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, die Besteuerung der Spitzenverdiener bei *gleich bleibendem Spitzensteuersatz zu erhöhen.*"

### **>> Grundfreibonus statt Grundfreibetrag in der Einkommenssteuer <<**

"Clever..."

"Ja - schließlich gab es auch für Spitzenverdiener Freibeträge und Leistungen aller Art, die dazu führten, dass sie bezogen auf ihr Gesamteinkommen wesentlich weniger als den Spitzensteuersatz zahlten."

"Verstehe."

"Bei den Überlegungen kam heraus, dass es direkte staatliche Zuschüsse und Vergünstigungen im wesentlichen nur noch für untere bis mittlere Einkommen geben sollte.

Der *Grundfreibetrag* in der Einkommenssteuer zum Beispiel, der eigentlich die *Nichtbesteuerung des Existenzminimums* sichern sollte, machte so bei genauerer Betrachtung gar keinen Sinn. Eine ersatzlose Streichung zum Beispiel hätte die Spitzenverdiener wesentlich mehr gekostet als alle anderen.

Also war der **Grundfreibetrag in erster Linie ein Steuergeschenk an Viel- und Spitzenverdiener**. Und solche Steuergeschenke konnte man sich in Zeiten hoch verschuldeter öffentlicher Kassen einfach nicht mehr leisten."

"Viktor, das hast Du schon gesagt..."

"Mensch Vladl, nerv nicht."

"Tschuldigung... mach weiter."

"Also auf Kindergeld, Kinderfreibeträge, Baukindergeld oder Ehegattensplitting waren Reiche im Prinzip auch nicht gerade angewiesen, um die Ausbildung ihrer Kinder, das eigene Heim oder die Ehe finanzieren zu können. Dennoch konnte man diese Zahlungen aus Gründen der Generationengerechtigkeit und des Familienlastenausgleichs auch für obere Einkommen nur bedingt einschränken.

Also schaffte man ein System, bei dem ein Kleinstverdiener erstmals einen staatlichen Zuschuss aus negativer Einkommenssteuer erhielt - den *Grundfreibonus*.

Den früheren *Grundfreibetrag* dagegen schaffte man ab, das heißt, man belegte die entsprechende Einkommensspanne mit einem pauschalen Einstiegs-Steuersatz von 25 %.

Den Bonus von maximal 450,- Euro im Monat erhält heute jeder Berufstätige, wenn er im Schnitt mindestens 15 Stunden pro Woche erwerbstätig ist. Bei Eheleuten oder gemeinsam erziehenden Eltern fällt er in doppelter Höhe an, wenn sie zusammen mindestens 30 Stunden pro Woche arbeiten.

Die Einführung des Grundfreibonus hatte auch den Effekt, dass kürzere Wochenarbeitszeiten für Berufstätige aus den untersten Einkommenschichten attraktiver wurden, als beim früheren Grundfreibetrag.

Der einfache Grundfreibonus in Höhe von 450,- Euro wird je nach Einkommen des Steuerpflichtigen um einen bestimmten Prozentsatz belastet beziehungsweise gekürzt. Die Belastung liegt zwischen 0 und 100 %. Das bedeutet, dass die obersten Einkommenschichten überhaupt keinen Grundfreibonus erhalten, während den untersten Einkommen der volle Betrag von 450,- Euro gutgeschrieben wird.

Dabei muss man natürlich sagen, dass bei Berücksichtigung des weggefallenen Grundfreibetrags und der erhöhten Energiesteuern nur ein kleinerer Teil davon wirklich zusätzliches Geld in ihrer Kasse war - meist unter 100,- Euro pro Berufstätigem, glaube ich.

Trotzdem ist seither gewährleistet, dass Familien oder Singles am Rande des Existenzminimums heute nicht nur keine Steuern zahlen, sondern in jedem Fall einen realen Zuschuss ausgezahlt bekommen. Ist doch klar, oder?"

"Ich glaube, man nennt es Mathematik", kommentierte Vladl mit einer Trockenheit, die Viktor ihm wieder mal nicht zugetraut hatte.

"Gut... Außerdem gibt es für jedes Kind einen **Kindergeldbonus** in Höhe von 275,- Euro - und zwar unabhängig davon, ob die Eltern erwerbstätig sind oder nicht.

Der Kindergeldbonus wird je nach Einkommen zwischen 0 und 80 % belastet. Das heißt, dass auch den obersten Einkommen noch 55,- Euro je Kind gutgeschrieben werden - wie gesagt aus Gründen der Generationengerechtigkeit und des Familienlastenausgleichs.

Auf die üblichen staatlichen Hilfsleistungen bei Arbeitslosigkeit oder sonstiger Not darf der Kindergeldbonus nicht angerechnet werden, was dazu führt, dass Kinder in Deutschland heute nicht mehr in einer Umgebung regelrechter Armut aufwachsen müssen. (Bei Eltern ohne Einkommen wird der

Kindergeldbonus netto ausgezahlt, also in Höhe von 275,- Euro pro Kind.)"

"Waren das alle Reformen, Viktor?"

"Nein, ein **Baukinderbonus** für jedes Kind in Höhe von 100,- Euro pro Monat - maximal 8 Jahre lang - wurde auch eingeführt, wenn sich ein Haushalt zu einem Eigenheimbau oder Erwerb einer Neubau-Eigentumswohnung mit höchsten Energiesparstandards entschließt. Der wird ebenfalls zwischen 0 und 80 % je nach Einkommen belastet. Das half, wie schon gesagt, den Wohnungsneubau wieder anzukurbeln.

Und ein **Spendenbonus** nach dem gleichen Prinzip wurde auch eingeführt - das heißt, wenn jemand heute etwas spendet, verringert sich damit nicht sein zu versteuerndes Einkommen, sondern er bekommt je nach Einkommen zwischen 10 und 20 % der Spende als Spendenbonus - Spenden von Kleinverdienern werden heute also im Gegensatz zu früher stärker belohnt als gleich hohe Spenden von Spitzenverdienern - Anfang des Jahrhunderts war es genau umgekehrt."

"Kaum zu glauben...", Vladi mitfühlend. "Viktor?"

"Ja?"

"Ich würde gern noch ein paar Zahlen abspeichern..."

"Aha... - na gut..."

### Zuschüsse für Berufstätige:

*Tab.1: Grundfreibonus statt Grundfreibetrag in der Einkommenssteuer*

- Grundfreibonus für alle Berufstätigen ab 15 h /Wo (für Eheleute 2-fach ab zusammen 30 h/Wo)	450,- Euro/Monat  (abzüglich einer Belastung zwischen 0 und 100 % je nach Einkommen)
---	--

Auf diese Weise zahlen untere Einkommen nicht nur keine Steuern, sondern bekommen einen realen monatliche Zuschuss zu ihrem Einkommen (negative Einkommenssteuer).

Die obersten Einkommensbezieher dagegen erhalten für den Wegfall des Grundfreibetrags keinen Ausgleich.

### Zuschüsse für Kinder:

*Tab. 2: Kindergeldbonus und Baukinderbonus statt Kindergeld, Kindergeldzuschuss und Baukindergeld*

- Kindergeldbonus für jedes Kind	275,- Euro/Monat  (abzüglich einer Belastung zwischen 0 und 80 % je nach Einkommen)
- Baukinderbonus für jedes Kind maximal 8 Jahre lang	100,- Euro/Monat  (abzüglich einer Belastung zwischen 0 und 80 % je nach Einkommen)

Auch hier werden in erster Linie die unteren bis mittleren Einkommensbezieher mit Kindern gefördert.

## Zuschüsse an Arbeitgeber und Selbständige:

*Tab. 3: Lohnnebenkostenbonus je sozialversicherungspflichtig Beschäftigter*

<u>Lohnnebenkostenbonus</u>	
hier: Einkommens-Kategorie A - normale Tätigkeiten (für Beschäftigte in den Einkommenskategorien B und C erhöht sich der LNK-Bonus um das 3- bzw. 6-fache s.Tab.4)	
Zeitanteil je Arbeitnehmer	LNK-Bonus
00 -04 h/Wo	00,- Euro/Monat
05 -09 h/Wo	15,- Euro/Monat
10 -14 h/Wo	30,- Euro/Monat
15 -19 h/Wo	45,- Euro/Monat
20 -24 h/Wo	60,- Euro/Monat
25 -29 h/Wo	75,- Euro/Monat
ab 30 h/Wo	90,- Euro/Monat
<i>(Nicht Einkommenssteuer-/ Körperschaftssteuer-pflichtig)</i>	

- Gehört die Gesamtarbeitszeit eines Arbeitnehmers zwei oder gar allen drei Einkommens-Kategorien an, so ist der Lohnnebenkostenbonus entsprechend dem jeweiligen Zeitanteil (s.o.) zu splitten. Auch dabei kann jedoch nur für die ersten 30 Stunden pro Woche ein Bonus bezogen werden.

Da der LNK-Bonus je Arbeitnehmer ab 30 h/Wo nicht mehr erhöht wird, besteht für Arbeitgeber ein Anreiz, die Arbeitszeit seiner Beschäftigten auf nicht viel mehr als 30 h/Wo zu beschränken und stattdessen eher mehr Arbeitnehmer einzustellen.

Tab. 4: Einkommenskategorien A bis C und zugehöriger maximaler LNK-Bonus je Beschäftigter

<b>Kat</b>	<b>Faktor</b>	<b>=&gt; max. Bonus</b> in % vom Lohn / (in Euro)	<b>Beschäftigungszweig</b> (+ notwendige Bedingungen)
<b>A.</b>	1x	7,5 % / (90,-Eu/Mo)	<u>Normale Tätigkeiten</u> (alle außer Kat. B u.C)
<b>B.</b>	3x	22,5% / (270,-Eu/Mo)	<u>Land- und Forstwirtschaft:</u> (fördert ökol. Land- u. Forstwirtschaft automatisch stärker, da z.T. arbeitsintensiver)
<b>C.</b>	6x	45 % / (540,-Eu/Mo)	<u>Persönlicher Dienst am Menschen:</u> Menschlich-persönliche Zuwendung im Dienst für Gesundheit und Wohlbefinden von Körper und Geist einzelner Menschen  (sehr Handarbeits-intensiv, deutliches Ausbaupotential, auf absehbare Zeit nicht erheblich rationalisierbar, auch öffentl. Arbeitgeber oder krankenkassen-finanziert)  sowie:  <u>Dienste für Tourismus u. Freizeit:</u> Dienste, Bau- und Baunebenhandwerk für Tourismus, Freizeit und Unterhaltung  (ortsgebunden in etwa 100 Schwerpunktzentren intensiver Freizeitgestaltung in touristisch attraktivem Umfeld nach Bundesraumordnungsprogramm 2010 sowie flächendeckend im Hotel-, Beherbergungs- u. Gaststättengewerbe)

Legende:

**Kat.:** Einkommens-Kategorien; **Faktor:** Förder-Faktor - Erhöhung des LNK-Bonus um entsprechenden Faktor je nach Einkommens-Kategorie;  
**max-Bonus in % vom Lohn:** Die Maximal-Höhe des LNK-Bonus ist begrenzt auf einen bestimmten Prozentsatz des jeweiligen Arbeitnehmer-Bruttolohns inkl. Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung.

... so ungefähr."  
 "Ah - danke, Viktor."---

(weiter S.75)

## Anhang 6: Haus der Zukunft

(von S.83)

"Also, das Haus der Zukunft ist ein sehr feierlicher Ort - hat von außen Ähnlichkeit mit dem Kapitol in Washington. Und man sieht ihm gleich an, dass es für große Augenblicke gebaut ist..."

"Und politisch?"

### **>> mit Vertretern aus Bund, Ländern und Gesellschaft <<**

"Ja, erst mal entsenden die Bundesländer je einen Vertreter des Bundesrats, damit die Länderinteressen nicht vergessen werden.

Und dann kommen noch etwa 40 Abgeordnete des Bundestags dazu, nämlich *je einem* pro 2,5 %- Stimmenanteil der Bundestags-Fraktionen - praktisch gesehen also mindestens zweien pro Partei.

Außerdem kann jede Bundestagsfraktion dann noch einmal genau so viele nicht-parlamentarische Parteimitglieder oder parteilose Personen des öffentlichen Lebens entsenden. Auf diese Weise nehmen auch verdiente parteilose Vertreter der Gesellschaft gleichberechtigt an den Zukunftsberatungen teil.

Dabei besteht die Chance, dass Mitglieder des Bundestages und der Parteien durch ständige Diskussionen zum Beispiel mit Wissenschaftlern die Gelegenheit bekommen, von deren überragendem Fachwissen zu profitieren.

Allerdings darf der Anteil der Parteilosen je Fraktion nicht größer als 1/3 werden. Dadurch will man erreichen, dass das Haus der Zukunft kein außerparlamentarisches Gremium oder Konkurrenzgremium zum Bundestag wird, sondern dass von den dort gefällten Entschlüssen immer auch ein großer politischer Einfluss auf die Programmatik der Parteien und auf betreffende Abstimmungen in Bundestag und Bundesrat ausgehen kann. Schließlich können endgültige Entscheidungen

nur in diesen streng demokratisch legitimierten Kammern getroffen werden."

"Aha."

"Insgesamt gibt es also grundsätzlich weniger als 100 stimmberechtigte Mitglieder. Dabei unterliegen die vom Bundestag entsandten oder bestimmten Vertreter je Fraktion einer 40 %-Mindestquotierung beider Geschlechter.

### **>> Quotierung von Geschlecht und Alter <<**

Außerdem gibt es je Fraktion auch eine Mindestquotierung in Bezug auf die altersmäßige Zusammensetzung.

Und das war vor zehn Jahren noch vollkommen neu. In jeder Fraktion des '*Zukunftsparlaments*', wie es auch genannt wird, sollten, sofern möglich, mindestens 30 % der Mitglieder jünger als 30 Jahre, 20 % jünger als 24 Jahre und 10 % jünger als 18 Jahre sein...!

Damit wollte man erreichen, dass sich die Erfahrung und der politische Einfluss der älteren Generationen gewinnbringend verbinden mit der kompromisslosen Zukunftsorientiertheit und unvoreingenommenen Offenheit von Jugendlichen und jungen Leuten.

Außerdem bestand das Ziel, junge Leute möglichst früh in politisch-gesellschaftliche Prozesse einzubinden und das Interesse an Zukunftsfragen und Politik in dieser Generation weiter zu stärken. Und das gelang tatsächlich..."

"Schön."

### **>> Öffentliche Sitzungen nur auf Antrag <<**

"Getagt wird grundsätzlich in *nicht*-öffentlicher Sitzung, da das Ziel ja nicht die Parteienprofilierung ist, sondern *Konsens-schaffung* zwischen den Parteien.

Auf Antrag und mit Zustimmung von 2/3 der Mitglieder kann aber auch eine öffentliche Sitzung einberufen werden. Auf gleiche Art kann die Öffentlichkeit bzw. die Presse jeder-

zeit durch Kameraübertragungen zugeschaltet werden. Davon wird zum Beispiel Gebrauch gemacht, wenn in wichtigen Zukunftsfragen grundlegende Beschlüsse gefasst werden konnten, die dann vom Vorsitzenden öffentlichkeitswirksam verkündet werden sollen.

### **>> Beschlüsse nur mit 70 %-Mehrheit <<**

Beschlüsse können aber überhaupt nur mit 70 %-Mehrheit getroffen werden - auch das schien notwendig, damit auf Bundestag und Gesellschaft in wichtigen Fragen maßgeblich Einfluss genommen werden kann.

Die Fraktionen können zu bestimmten Themen jederzeit nicht-stimmberechtigte Fachleute einladen.

### **>> Eigener Etat für Zukunfts-Gutachten <<**

Außerdem hat das Zukunftsparlament auch einen eigenen Etat für Gutachten und die Vergabe von Forschungsgeldern.

Sprecher und *Vorsitzender* des Zukunftsparlaments war zuerst grundsätzlich der *Bundespräsident*. Damit er diese Rolle aber noch souveräner ausfüllen kann und auch, um das Zukunftsparlament weiter aufzuwerten, beschloss man allerdings vor drei Jahren, dass er zwar grundsätzlich Mitgliedsstatus hat, zum Vorsitzenden aber erst explizit und mit absoluter Mehrheit gewählt werden muss, wobei aus den Reihen des Zukunftsparlaments auch Alternativkandidaten antreten können.

Die Amtszeit des Vorsitzenden endet nur durch Rücktritt, mit dem Auslaufen seiner Mitgliedschaft oder durch ein konstruktives Misstrauensvotum - ähnlich wie beim Bundeskanzler."

---

(weiter S.83)

## **Literaturtipps des Autors zu Liebe, Sex und Beziehungen:**

- Gray, John: Männer sind anders. Frauen auch.
- Gray, John: Mars sucht Venus. Venus sucht Mars.
- Gray, John: Mars, Venus & Eros; (z.T. ein Tipp)
- Heinzelmann, Regula: Die neuen Paare. Anleitung zur Polygamie; (z.T. ein Tipp)
- Moeller, Michael Lukas: Die Wahrheit beginnt zu zweit. Das Paar im Gespräch
- Moeller, Michael Lukas: Worte der Liebe. Erotische Zwiegespräche. Ein Elixier für Paare

## Wiederholung Original-Wortlaut der Email:

Betreff: Buch-Geschenk *FutureGermany 2018* als komplette pdf-Datei

In der Anlage zu dieser Email befindet sich das komplette Buch

### **'FutureGermany 2018'**

Roman um L i e b e, S e x und Zukunftspolitik  
(Worte gesperrt aus Vorsicht vor Spamfiltern)

als pdf-Datei, lesbar mit Adobe Acrobat Reader (3.0 aufwärts).

Ich hoffe, es gefällt Ihnen!

Da sich in den letzten 12 Monaten kein Verlag fand, der das Manuskript anfordern und prüfen wollte, habe ich beschlossen, es zu verschenken.

Schön wäre es, wenn Sie die Email mit pdf-Anlage weiterschenken - an Kollegen, Freunde, Bekannte und alle, die noch daran interessiert sein könnten.

Es freut mich, wenn das Ergebnis der letzten drei Jahre abendlicher Freizeitgestaltung so doch noch einige (begeisterte) Leser erreicht. Die anderen dürfen es genüsslich löschen.

Viel Spaß, Heino Guthrie

November 2005

### P.S:

Sie können mir Ihre Meinung schicken oder mich sonstwie kontaktieren unter [future.germany@gm.x.de](mailto:future.germany@gm.x.de)

Keine kommerziellen Werbemails.

Weiterleitung nur in Originalform: Nicht erlaubt sind Änderungen der beigefügten pdf-Datei oder des Wortlauts meiner Email jeglicher Art, oder die Weitergabe an Dritte gegen Gebühr. Jede nicht nur auszugsweise Veröffentlichung oder Weiterverbreitung des Manuskripts in anderer Form als Email/ pdf bedarf meiner schriftlichen Zustimmung.

Unbeschadet meines Urheberrechts wurde das Manuskript geschützt durch Hinterlegung bei der *Writers Guild of Germany*. Alle Rechte liegen ausschließlich beim Autor.